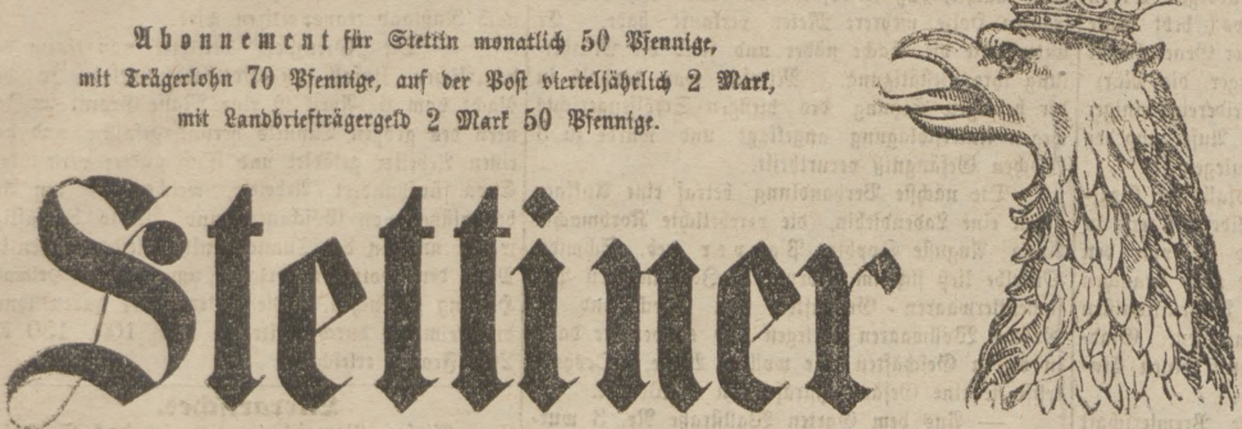
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 13. April 1880. Nr. 172.

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung vom 12. April.

Präsident Graf Arnim-Boitzenburg eröffnet die Sitzung um $11^{1}/_{2}$ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Im Hause sind circa 50 Mitglieder anwesend.

Am Tische des Bundesraths: Hofmann, Scholz, Burghart.

Tagesordnung:

I. Erste und zweite Berathung des Antrages Windthorst auf Erlaß eines Gesetzes betreffend die Aufhebung des Flachszolles.

Abg. Dr Windthorst charakterisirt den Antrag als die Erfüllung eines am Schlusse der Zolldebatten gegebenen Versprechens. Gleich nachdem man den Flachszoll mit einer Stimme Majorität beschlossen, habe man nicht bezweifelt, daß derselbe mit dem ganzen Zolltarif nicht vereinbar und eine Uebereilung sei. Der Antrag bezwecke nur die Wiederherstellung desjenigen, was die Regierung ursprünglich im Zolltarif vorgeschlagen. Die Regierung werde daher dem Antrage schwerlich widerstreben können. Redner empfiehlt Annahme seines Antrages und behält sich weitere materielle Ausführungen für die Debatte vor.

Abg. Frhr. v. Ow (Würtemberg) tritt für den Flachszoll ein, und zwar im Interesse des Grundbesitzes. Er hofft, daß das Haus den Antrag ablehnen werde, falls dies aber nicht geschehen sollte, so vertraue er auf die Beharrlichkeit des Bundesrathes und besonders des Herrn Reichskanzlers. Es sei ein gefährliches Experiment, wenn man jetzt schon wieder an dem Schutzzollsystem rütteln wollte, und namentlich bei einer Position, die im Interesse des kleinen Grundbesitzes aufgestellt sei. Er gebe zu, daß die Flachsindustrie in ihren Forderungen sehr weit gegangen sei. Indessen, wenn man auf dem Zollgebiete etwas erreichen wolle, so müsse man vorweg hohe Forderungen stellen (Heiterkeit.)

Abg. Stumm erklärt sich für den Antrag Windthorst und für Aufhebung des Flachszolles, der in der eigenthümlichsten Weise zu Stande gekommen sei. Eigentlich habe nicht einmal eine Diskussion, weder in der zweiten noch in der dritten Lesung stattgefunden. Aus dem Umstande, daß man im vorigen Jahre die Verschiebung des Einführungstermines des Flachszolles stillschweigend geduldet habe, gehe am unzweideutigsten hervor, daß man die Beseitigung des Flachszolles schon im vorigen Jahre grundsätzlich ausgesprochen hatte. Der Redner kündigt für die zweite Berathung dieses Antrages ein in der Konsequenz desselben liegendes Amendement in Bezug auf andere Fasergewächse (Jute ɪc.) an. Die Unmöglichkeit des Flachszolles liege darin, daß die rohe Baumwolle frei sei. Der übermächtigen Baumwollen-Industrie gegenüber dürfe man den Flachszoll nicht einführen und das Rohmaterial vertheuern.

Geh. Rath Burghart erklärt, daß die verbündeten Regierungen zu dem vorliegenden Antrage noch nicht Stellung genommen. Im Allgemeinen empfehle es sich nicht, den Zolltarif so schnell zu ändern, man müsse denselben erst wirken lassen, ehe man an eine Revision herantrete. Sollte der Antrag zur Annahme gelangen, so würden die verbündeten Regierungen denselben einer eingehenden Erwägung unterziehen. Die Regierungen erkennen nämlich an, daß die Frage der Aufhebung des Flachszolles schon heute der Erwägung werth sei. Sollte daher der Reichstag dem Antrage zustimmen, dann werde derselbe in eingehendste Erwägung gezogen werden.

Abg. Frhr. v. Mirbach erklärt sich für die Aufrechterhaltung des Flachszolles, gegen welchen von Seiten der Industrie gar keine Opposition gemacht werde. Würde dies geschehen, dann wäre zunächst eine eingehende Enquete erforderlich. Dazu sei es gegenwärtig noch nicht an der Zeit. Er bittet, den Antrag abzulehnen.

Abg. Grützner spricht für Annahme des Antrages. Derselbe durchbreche nicht das Prinzip des Schutzes der nationalen Arbeit. Es handele sich bei dem vorliegenden Antrage nur darum, einen im vorigen Jahre in Uebereilung begangenen Fehler wieder gut zu machen. Der Flachsbauer bedürfe des Schutzzolles nicht, die österreichische Leinenindustrie werde nach wie vor den deutschen Markt beherrschen.

Abg. v. Schalscha erklärt sich für Beibehaltung des Flachszolles, der im Interesse der deutschen Flachsbearbeitung dringend nothwendig sei. Das werde man verstehen, wenn man bedenke, daß die Bearbeitung von 100 Ctr. Flachs eine Ausgabe von ca. 2000 M. bedingt.

Nachdem noch Abg. Klugmann für den Antrag des Abg. Windthorst gesprochen, wird die allgemeine Besprechung geschlossen und sofort in die zweite Berathung eingetreten.

Abg. Richter-Hagen kündigt für die dritte Lesung eine Resolution an, mittels welcher der Herr Reichskanzler aufgefordert werden solle, dem Reichstage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Aenderung des § 7 Nr 1 und 2 des Zolltarifgesetzes dahin enthält, daß im Interesse der einheimischen Mühlenindustrie der Nachweis der Identität erlassen bezw. als geführt erachtet werde, wenn das Quantum der Getreideeinfuhr dem Quantum der ausgeführten Mühlenfabrikate analog sei.

Abg. v. Ludwig erklärt es für eine cynische Verhöhnung der deutschen Landwirthschaft, wenn man den Flachszoll wieder aufheben wollte. Er verlangt eine kommissarische Vorberathung des Antrages und bittet den Abg. Windthorst, denselben gänzlich zurückzuziehen (Heiterkeit). Im Flachszoll stecke ein Stück der Lösung der sozialen Frage. Man müsse den Flachsbau in Deutschland wieder heben und werde damit zahlreichen Landbewohnern, welche jetzt elend seien, reichlichen Verdienst schaffen.

Abg. Lüders führt zur Begründung des Antrages aus, daß die Baumwollenindustrie bei der Feststellung des Zolltarifs die besten Happen weggeschnappt habe, die Leinenindustrie sei dabei zu kurz gekommen. Würde man den Flachszoll aufrecht erhalten, so würde die Leinenindustrie noch schwerer leiden.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst wendet sich gegen den Abg. v. Ludwig, dem gegenüber er erklärt, daß die Art und Weise, wie er den Flachszoll vertheidigt habe, der Landwirthschaft nicht zu höherem Ansehen verhelfen könne. Uebrigens würde durch den Flachszoll die Landwirthschaft geradezu geschädigt. Wollte man denselben beibehalten, dann würden weitgehende Aenderungen des Zolltarifs nothwendig sein. Schon aus diesem Grunde empfehle sich die Annahme des Antrages.

Die zweite Berathung wird hierauf geschlossen und nach einem Schlußwort des Mitantragstellers Abg. Freiherrn v. Varnbüler der Antrag Windthorst in namentlicher Abstimmung mit 146 gegen 79 Stimmen angenommen (1 Mitglied enthielt sich der Abstimmung.)

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Küstenfrachtfahrt. Zur Einleitung der Berathung ergreift das Wort

Staatssekretär Hofmann: M. H.! Gegen den vorliegenden Gesetzentwurf hat sich eine lebhafte Agitation bemerkbar gemacht. In den an den Reichstag gelangten Petitionen wird auf die Nachtheile hingewiesen, welche dem deutschen Handel durch dieses Gesetz erwachsen müßten. Man befürchtet ferner, daß, wenn fremde Schiffe von der deutschen Küstenfrachtfahrt ausgeschlossen würden, die fremden Nationen dazu übergehen könnten, die deutschen Schiffe von der Küstenfahrt an ihren Küsten auszuschließen. Was die erste Befürchtung betrifft, so würde es allerdings ein Nachtheil für den Handel sein, wenn die Fracht für die Küstenfahrt sich erhöhen sollte. Allein für die deutsche Rhederei wäre es kein Nachtheil, und es ist gerade jetzt die deutsche Rhederei in einer Lage, in der man ihr wohl einen gewissen Vortheil gönnen sollte. Die deutsche Rhederei ist in übler Lage deshalb, weil es sich bei unserer Schifffahrt um einen Uebergang von der Segelschifffahrt zur Dampfschifffahrt handelt. Es ist wohl am Platz, wenn der Segelschifffahrt auf einem Gebiete, wo sie noch nichts leisten kann, eine kleine Erleichterung zu Theil wird. Die zweite Befürchtung beruht auf einem Irrthum, dem Irrthum nämlich, daß die Wirkung des Gesetzes sein sollte, die fremden Schiffe von der deutschen Küstenfrachtfahrt auszuschließen. Das ist nicht der Zweck des Gesetzes, sondern Zweck des Gesetzes ist, an die Stelle des jetzigen mannigfachen partikularen Rechts ein einheitliches deutsches Recht zu setzen. Es fragt sich nun, in welcher Richtung dieser Zweck erreicht werden kann. Es giebt hier zwei Wege. Der eine ist die vollständige Zulassung der freien Küstenfahrt. Ich glaube nicht, daß das hohe Haus diesen Weg betreten wird. Der zweite Weg ist der, die Frage vom Standpunkte der Gegenseitigkeit zu regeln. Wenn Sie sich die Sache aber näher ansehen, dann werden Sie finden, daß dieser Weg nicht so einfach ist, wie er auf den ersten Blick erscheint. Einmal ist die Frage, ob die anderen Staaten die deutschen Schiffe wirklich in dem Maße zulassen, wie wir ihre Schiffe zulassen wollen, nicht leicht zu lösen. Dazu kommt noch die Regelung der Abgaben, welche von den Schiffen erhoben werden. Außerdem legt man sich durch die Klausel der Gegenseitigkeit eine große Fessel an bezüglich der Verhandlungen mit anderen Staaten. Es kann der Fall wohl vorkommen, daß wir vielmehr Interesse haben, von einem fremden Staate ein anderes Zugeständniß zu verlangen als die Zulassung unserer Schiffe zur Küstenfrachtfahrt. Wenn die Sache so liegt, ist es gewiß wichtiger, nicht von vornherein für die Verhandlungen mit fremden Staaten sich selbst einen gesetzlichen Zwang aufzuerlegen. Aus diesen Erwägungen heraus haben die verbündeten Regierungen geglaubt, einen andern dritten Weg empfehlen zu sollen, der zwar als Forderung hinstellt, daß für fremde Schiffe die Küstenfahrt nicht gestattet sei, der aber Ausnahmen von dieser Regel, sei es durch Staatsverträge, sei es durch Kaiserliche Verordnung, zuläßt. Die verbündeten Regierungen sind der Meinung, daß auf diesem Wege den Interessen Deutschlands am besten gedient sein werde. Ich möchte die Herren, wenn, wie ich wohl annehmen darf, der Entwurf an eine Kommission verwiesen werden sollte, bitten, bei den ferneren Berathungen vor allen Dingen den Gesichtspunkt im Auge zu behalten, daß es durchaus geboten sei, in dieser Frage das einheitliche nationale Recht an die Stelle der jetzigen Mannigfaltigkeit zu setzen.

Abg. Schlutow: Daß es wünschenswerth, diese Frage einheitlich zu regeln, wird nicht bestritten werden können, eine praktische Bedeutung aber hat sie nicht, weil zu wenig fremde Schiffe an unseren Küsten und umgekehrt die Frachtfahrt besorgen. Das ganze Gesetz scheint mir mehr einen politischen Hintergrund zu haben, der noch verschleiert erscheint. Unsere Nachbarstaaten an der Ost- und Nordsee nehmen faktisch an unserer Küstenschifffahrt nur sehr geringen Antheil. Die nautischen Vereine sprechen sich fast durchgängig gegen die Vorlage aus, denn vielfach kommen z. B. dänische Schiffe mit Fracht aus Bordeaux, legen in einem deutschen Hafen an und nehmen von da, wenn sie sie kriegen können, etwas andere Fracht nach einem anderen Küstenplatze mit. Die Art Schiffe hat die Vorlage mitgerechnet, obgleich sie eigentliche Küsten-, ja selbst Binnenschifffahrt in der Ost- und Nordsee nicht einmal treiben. Der deutsche Küstenverkehr wird ja bekanntlich auch fast ausschließlich von kleinen deutschen Seglern ɪc. besorgt, und der einzige nautische Verein, der der Vorlage zustimmt, der in Rendsburg, stellt sich auf den veralteten Standpunkt der Fuhrleute gegenüber der Eisenbahn. Es handelt sich also hier um das Recht der Handeltreibenden, ihre Waaren von einem Hafen zum andern zu bringen in jedem beliebigen Schiffe, und dies sollen wir einschränken. Die Ost- und die Nordsee hat fast das ganze Jahr über bestimmte Windrichtungen; die Ostsee Südost- und die Nordsee vorwiegend Westwinde. Bremen, Papenburg, Leer ɪc. können jetzt die nach Westen gehenden holländischen Schiffe zum Transport von Reis und Kolonialwaaren, westfälischem Eisen und Schwefelkies nach den östlichen Häfen jeden Augenblick heranrufen; hernach müßten sie auf die Gelegenheiten verzichten und warten, bis ein deutsches Schiff kommt. Daß die betheiligten Nachbarseestaaten gleiche Repressalien nehmen werden, läßt sich außerdem doch wohl erwarten, und so werden durch diese Maßnahmen nur ungünstigere Verhältnisse für die deutsche Rhederei, aber keine Vortheile herbeigeführt. Es ist ja richtig, daß Rußland unseren Schiffern den Verkehr in seinen Häfen und an seinen Küsten erschwert, und ich bin ganz dafür, daß man hier Rußland gegenüber Gleiches mit Gleichem vergilt; aber daß man darum auch die sehr liberalen Seestaaten Belgien, Holland, England, Dänemark, Norwegen und Schweden in gleicher Weise treffen will, wie Rußland, halte ich für um so weniger gerechtfertigt, als man Rußland dafür in anderer Weise Vortheile bieten will. Ich muß die heute angeregten Klagen des Abg. Richter unterstützen, namentlich was Getreide betrifft. Es ist jetzt die Zeit, wo diese Schiffe ankommen, sie wissen aber nicht, wo sie mit ihrer Ladung bleiben sollen. Es sind mir erst heute eine Anzahl Klagen darüber zugegangen. Es kommt hinzu, daß bei Beschlagnahme von Schiffen dieselben immer freigegeben worden sind, weil die Strafe in zu geringem Verhältnisse zur Fracht steht. Die Regierung stellt nun drei Möglichkeiten auf; entweder wird die Küstenschifffahrt in ihrem ganzen Umfange Jedermann, Fremden wie Einheimischen, freigegeben, oder das Recht der Küstenfrachtfahrt wird nur denjenigen fremden Staaten eingeräumt, welche dasselbe Recht den deutschen Schiffen zugestehen, oder dieses Recht bleibt der inländischen Flagge vorbehalten und wird Ausländern nur unter besonderen Umständen gewährt. Ich würde in der Kommission für die erste Möglichkeit sein, mich eventuell auch zu der zweiten bequemen können; mit der dritten Eventualität könnte ich mich nicht befreunden.

Abg. Mosle: Ich bin mit dem Abg. Schlutow darin einverstanden, daß es für den Augenblick für die europäischen Staaten ganz gleichgültig ist, ob wir die Küstenfrachtfahrt lediglich deutschen Schiffen reserviren oder nicht. Es hat dies Gesetz eine praktische Bedeutung gar nicht, und der Bundesrath hat die Wirkung desselben durchaus überschätzt. Aus diesem Grunde aber glaube ich, daß auch von Repressalien seitens der anderen Staaten gar keine Rede sein kann. England hatte 200 Jahre lang die Bestimmung, daß nur englische Schiffe den englischen Handel vermitteln durften, und hat damit die holländische und hanseatische Konkurrenz in Schach gehalten. Als aber der englische Handel so zunahm, daß er die Konkurrenz nicht mehr zu fürchten brauchte, ja, daß er seinen eigenen Handelsverkehr mit englischen Schiffen nicht mehr völlig bewerkstelligen konnte, da hat man 1850 diese Beschränkung aufgehoben und läßt seitdem alle Schiffe in den Häfen zu. So sind auch wir bereits längst und von jeher auf andere als deutsche Schiffe mit angewiesen, und wir würden uns selbst schädigen, wenn wir uns auf den engherzigen Standpunkt stellen wollten, den England früher einnahm. Es sind augenblicklich alle Nationen, außer Rußland, durch Verträge berechtigt, an unseren Küsten Handel zu treiben. Aber jede Nation, wenn sie die Wahl hat zwischen einem nationalen und einem anderen Schiffe, bevorzugt doch selbstverständlich ihr eigenes Schiff, selbst wenn dies etwas mehr kostet. Der § 3 enthält das Prinzip der Vorlage, und wenn der Vertreter von Stettin die Verweisung derselben in eine Kommission wünscht, so kann eine Berathung in derselben nur den Zweck haben, dieses Prinzip abzuändern.

Abg. Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode erklärt im Namen eines Theiles seiner Freunde, daß sie dieser Vorlage günstig gegenüberstehen. Der Abg. Schlutow stellt die Vorlage so dar, als ob sie Alles aufhebe und nichts Neues an seine Stelle setze. So ist die Sache aber nicht; was die Vorlage im § 3 aufhebt, setzt sie in § 4 wieder ein. Im Uebrigen kann ich einer Kommissionsberathung event. auch nur zustimmen.

Bundeskommissar Geh. Rath Rösing will angesichts der wahrscheinlichen Kommissionsberathung der Vorlage nur auf einen Punkt eingehen und erklären, daß nicht politische Motive der Vorlage zu Grunde liegen, sondern nur die in der Vorlage selbst angegebenen. Die verbündeten Regierungen wollen nur ein Machtmittel in der Hand haben, um der Unbill anderer Nationen gegen unsere Schiffer entgegentreten zu können; hierzu muß die Regierung jetzt den geeigneten Augenblick wahrnehmen. Wir wollen mit diesem Gesetze den Mangel an Entgegenkommen anderer Nationen gegen unsere deutschen Schiffer abhelfen; darin liegt die Bedeutung dieser Vorlage. Wir haben zwar nicht mit allen europäischen Staaten Verträge, wie der Abgeordnete für Bremen annimmt, aber wir erwarten nach Emanation dieses Gesetzes, daß sie das wünschenswerthe Entgegenkommen gegen unsere Schiffer auch an ihren Küsten zeigen werden.

Abg. Witte (Rostock) kritisirt den mehr schutzzöllnerischen Standpunkt des Abg. Mosle als einen unberechtigten in dieser Frage und weist darauf hin, daß sich alle Seestädte gegen die Vorlage erklärt hätten.

Abg. Windthorst befürwortet Verweisung der Vorlage in eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Das Haus beschließt demgemäß.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

Tages-Ordnung: Wahlprüfungen und Petitionen.

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 12. April. Einem vielfach verbreiteten Gerücht zufolge soll der Fürst Ernst von Leiningen, Admiral der englischen Flotte, die Absicht haben, in den deutschen Marinedienst überzutreten.

— Der dem Bundesrath vorgelegte, zu Montevideo am 12. Februar d. J. unterzeichnete Auslieferungsvertrag zwischen dem deutschen Reich und dem amerikanischen Freistaat Uruguay umfaßt 16 Artikel und ist in deutschem und spanischem Text vorgelegt. Der Vertrag soll ratifizirt werden, und sollen die Ratifikationsurkunden in möglichst kurzer Frist in Montevideo ausgetauscht werden. Derselbe soll 2 Monate nach diesem Austausch in Kraft bleiben bis zu einem Jahr nach dem Tage, an welchem einer der vertragenden Theile dem andern die Absicht, ihn außer Kraft treten zu lassen, kundgiebt. Der Inhalt des Vertrages schließt sich genau den übrigen internationalen gleichartigen Verträgen an. Es ist zweifellos, daß diese Angelegenheit im Bundesroth keine Beanstandung finden, alsbald an den Reichstag gelangen und somit in dieser Session noch zum Abschluß gelangen wird.

— Die durch Herstellung der Gotthardlinie erweiterten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Italien werden, wie man hört, zur Errichtung eines deutschen Generalkonsulats an einem der oberitalienischen Handelsplätze, also in Mailand oder Genua führen. Wahrscheinlich wird man sich für letztgedachten Platz entscheiden und die Ausführung des Planes schon vor Inbetriebsetzung der Gotthardbahn anordnen.

+ **Bremen**, Anfang April. Die Wiedereröffnung der Schifffahrt hat uns eine so beispiellose Auswanderung zugeführt, wie wir sie seit vielen Jahren nicht mehr gekannt haben. — In einigen Gegenden Ost- und Westpreußens kann man dieselbe mit dem Namen „Exodus" bezeichnen, da nur wenige Personen in dem heimathlichen Dorfe zurückblieben.

Bis zum 11. April sind ungefähr 14,000 Menschen über hier gereist; mit anderen Worten ungefähr die Hälfte der Zahl, welche im ganzen vorigen Jahre über hier sich einschifften. — Alle Emigranten werden nur mit Dampfschiffen über See befördert; eine Fahrt per Segelschiff findet nicht mehr statt. — Die Auswanderer rekrutiren sich vornehmlich aus Ost- und Westpreußen, aus Böhmen und anderen Provinzen Oesterreichs; weniger aus Baiern und Hessen, welche früher ein so zahlreiches Kontingent stellten. — Durchschnittlich sind die Auswanderer besser gekleidet, reinlicher und sauberer, wie man gewohnt war, sie in früheren Jahren zu sehen.

Mit der starken Auswanderung geht die Verschiffung deutscher Manufakturwaaren nach Amerika Hand in Hand; nie war dieselbe massenhafter als gegenwärtig; die Dampfer können die sich darbietenden Güter kaum befördern. — Wir kennen mehrere Fabrikanten von Baumwollgeweben in Sachsen und Fabrikanten sogenannter niederländischer Tuche in der Rheinprovinz, welche mit Lieferungskontrakten für Amerika bis zum Ende des Jahres beschäftigt sind.

Ausland.

Paris, 10. April. Am nächsten Dienstag wird einmal wieder Ministerrath im Elisée gehalten werden; die Minister treffen nach und nach von ihrem Ausfluge aus den Departements ein, wo sie Mitglieder des Generalraths sind; Cochery kam heute zurück, Lepère wird morgen im Ministerium des Innern erwartet. Am 20. treten die Kammern wieder zusammen. Die Deputirten werden zunächst die zweite Abtheilung des Tarifs in Angriff nehmen. Dieselbe betrifft die Manufaktur-Erzeugnisse, über deren Belastung die Meinungen sehr weit auseinandergehen; die Baumwolle in Gespinnsten und Geweben, Eisen und Kohlen werden zu heftigen Scenen führen, dagegen dürfte die dritte Abtheilung, die das Kolonialzollsystem, Aufschlagtaxen und dergleichen umfaßt, rasch und glatt abgethan werden. Im Ganzen hofft Gambetta, bis Ende Mai mit diesen weitschichtigen Verhandlungen fertig zu werden. Dann kommt das Budget und daneben das in erster Lesung bereits angenommene Gesetz über Versammlungen, ferner das Gesetz über die Reinigung des Richterstandes, die Umgestaltung des Elementar Unterrichts u. s. w. Dies alles soll bis Mitte Juli bewältigt werden, denn in der zweiten Hälfte dieses Monats muß die theilweise Erneuerung der Generalräthe erfolgen, bei der mehr als 150 Deputirte betheiligt sind; diese werden also an der Wahlbewegung in der Provinz theilnehmen wollen. Im Senate soll es sofort zu heftigen Erörterungen über die Märzdekrete kommen; die Sache hat Eile, denn es wird sich hier entscheiden, ob die Klerikalen die Mehrheit noch haben oder ob der Abfall der Napoleonisten, um einen Namen zu wählen, der sie von den Bonapartisten des zweiten Kaiserthums unterscheidet, der Regierung im Kulturkampfe in beiden Häusern das Uebergewicht sichert. Der Episkopat wird danach seine Stellung zu den Jesuiten regeln. Der Kampf kann schon bei der Wahl des Ausschusses für die Bittschriften beginnen, da eben diesem Ausschusse alle Protestschriften gegen die Märzerlasse zugehen. Die „République Française" warnt die Jesuiten heute nochmals vor der Thorheit, Einschreibungen für das nächste Wintersemester anzunehmen; es sei dies offenbar eine Taktik, um den Eifer ihrer Anhänger anzustacheln, aber das Manöver könnte ihnen und den übrigen Orden schlecht bekommen. Auch der „Temps" hebt heute unter Hinweisung auf die Session der Generalräthe hervor, daß neun Zehntel der Bürger die Märzdekrete billigen und „daß den Aufschneidereien einiger ultramontaner Blätter über die tiefe Aufregung der Bevölkerungen keine Wichtigkeit beizulegen sei."

London, 9. April. Der Ausfall der Grafschaftswahlen macht den Sieg der Liberalen erst zu einem vollständigen. Dadurch sind sie von den Homerulern unabhängig geworden und brauchen nicht mehr auf die Velleitäten der Obstruktionisten und ihres Anhanges Rücksicht zu nehmen. Gladstone wird demnächst als Triumphator seinen Einzug in die Metropolis halten.

Als er im Jahre 1874 die Premierschaft niederlegen mußte, wurde er eines Tages, als er mit seiner Gattin von einem Spaziergange nach seiner Wohnung zurückkehrte, auf offener Straße vom Pöbel insultirt und mußte sich zu seiner Sicherheit in das Haus eines Nachbars flüchten. Jetzt bereitet ihm London einen Empfang vor, der sich zu einer der großartigsten politischen Kundgebungen, die man kennt, zu gestalten verspricht. Man sagt, der Empfang werde die Ovation, die Lord Beaconsfield bei seiner Rückkehr vom Berliner Kongresse bereitet wurde, gänzlich in Schatten stellen. Das Empfangs-Komitee, das fast ausschließlich aus Parlamentsmitgliedern besteht und dessen Vorsitzender Mr. Plimsoll ist, erhält von allen Seiten Anerbietungen, von denen einige Zeugniß von dem für den liberalen Staatsminister herrschenden Enthusiasmus ablegen. Ein Bewunderer Gladstone's erbietet sich, ein riesiges Bouquet, gebildet aus Blumen aller Länder, zu liefern, das der Gattin des Ex-Premiers überreicht werden soll. Ein anderer Liberaler will einen eleganten Landauer stellen, der Herrn und Frau Gladstone vom Bahnhofe abholen und nach deren Wohnung in Harleystreet führen soll. Nachdem der Wagen diesen Dienst geleistet, soll er nach Gladstone's Stallungen gebracht und dort als ein „Zeichen der Achtung und Bewunderung für den ausgezeichneten Staatsmann gelassen werden." Der Tag der Ankunft Gladstones in London ist noch nicht festgestellt; sobald er aber bekannt ist, beabsichtigen die Einwohner und Geschäftsleute von Custon-road und der Straßen auf der Route nach Harley-street ihre Häuser mit Fahnen, Bannern, Gairlanden u. s. w. zu Ehren der Gelegenheit zu schmücken, um den Einzug Gladstone's in London zu einem wahren Triumphzuge zu gestalten.

Petersburg, 11. April. In der Krankheit des Fürsten Gortschakoff ist seit gestern keine Aenderung eingetreten. Doch erregt der Verlauf bei dem hohen Alter des Reichskanzlers die ernstesten Besorgnisse.

Provinzielles.

Stettin, 13. April. In einem an sämmtliche Ober-Präsidenten gerichteten Rundschreiben des Ministers des Innern wird denselben Folgendes eröffnet: Nachdem durch die Reichs-Strafprozeßordnung das Verfahren gegen Wehrpflichtige, welche sich dieser ihrer Pflicht entzogen haben, anderweit geregelt und bestimmt worden ist, daß die Eröffnung der Untersuchung und Erhebung der Anklage gegen die betreffenden Personen auf Grund einer Erklärung „der mit der Kontrole der Wehrpflichtigen beauftragten Behörde" zu erfolgen habe, bestimmt der Minister im Einverständnisse mit den Ministern des Krieges und der Justiz und unter Aufhebung älterer desfallsiger Verfügnngen, daß die in Rede stehenden Erklärungen fortan nur von dem Civil-Vorsitzenden der Ersatz-Kommission auszustellen sind. Handelt es sich aber um nicht erlaubte Auswanderung eines beurlaubten Reservisten oder Wehrmannes, oder um fortgesetzten Aufenthalt im Auslande eines Pflichtigen, so sind jene Erklärungen von den Landwehr-Bezirks-Kommandos auszustellen.

— Die Ziehung der zweiten Klasse der gegenwärtigen preußischen Lotterie wird am 11. Mai ihren Anfang nehmen.

— Die Remonte-Ankaufs-Märkte in der Provinz Pommern sind im Jahre 1880 wie folgt anberaumt: Im Bereiche der 3. Remonte-Ankaufs-Kommission am 23. Juni in Pyritz, am 28. Juni in Dölitz, am 30. Juni in Cörlin a. d. P., am 26. Juli in Tempelburg, am 27. Juli in Neustettin, am 28. Juli in Bublitz, am 6. August in Lauenburg, am 7. August in Stolp, am 9. August in Schlawe, am 10. August in Regenwalde, am 11. August in Greifenberg, am 12. August in Wollin, am 13. August in Naugard und am 14. August in Stargard; im Bereiche der 4. Remonte-Ankaufs-Kommission am 22. Juni in Damgarten, am 23. Juni in Carnin, am 25. Juni in Bergen a. R., am 26. Juni in Garz a. R., am 28. Juni in Grimmen, am 29. Juni in Greifswald, am 3. Juli in Ferdinandshof, am 5. Juli in Usedom, am 6. Juli in Anclam, am 24. Juli in Penkun, am 26. Juli in Löcknitz, am 2. August in Demmin und am 3. August in Treptow a. d. Tollense.

— Ein Mann der Besatzung der Danziger Bark „Concordia", welche auf der Fahrt von Stettin nach Swinemünde begriffen war, fiel gestern in der Nähe von Glienken über Bord und konnte nicht gerettet werden, trotzdem sofort Hülfe geleistet wurde.

— Der Holzhändler Modrow beauftragte im vorigen Sommer den Heuerfahrer Heinrich Micosat aus Glienken, 300 Meter Holz von Jaßnitz nach Stolzenhagen in seinem Heuer zu fahren. Micosat hatte bereits mehrmals die Fahrt zurückgelegt, als Modrow einen anonymen Brief erhielt, in welchem ihm ein „Menschenfreund" die Mittheilung machte, daß Micosat von dem ihm anvertrauten Holze mehrere Meter verkauft habe. Er untersuchte die Sache näher und fand die Mittheilung ihre Bestätigung. Micosat war deshalb in der heutigen Sitzung des hiesigen Schöffengerichts wegen Unterschlagung angeklagt und wurde zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt.

Die nächste Verhandlung betraf eine Anklage gegen eine Ladendiebin, die verehelichte Korbmacher Anna Auguste Sophie Paeper geb. Schmidt. Dieselbe ließ sich im Februar d. Js. in den Posamentierwaaren-Geschäften von Rieck und R. Grams Wollwaaren vorlegen und entwendete dabei in beiden Geschäften eine wollene Weste. Deshalb trifft sie eine Gefängnißstrafe von 6 Wochen.

— Aus dem Garten Wallstraße Nr. 3 wurden in der Nacht vom 11. zum 12. d. M. 5 Rosenstöcke ausgerissen und gestohlen.

— Aus der Werkstatt des Wagenfabrikanten Bernhardt, gr. Lastadie 35—36, wurde gestern verschiedenes Handwerkszeug entwendet; ferner wurde gestern Abend einem Seemanne aus einer Restauration auf der Baumstraße ein blauer Winterüberzieher gestohlen.

— In einem Hause der Pölitzerstraße (früher Mühlenstraße), in der Nähe der Grünhof-Brauerei „Bock", kam es gestern zwischen dem Wirth und einer Miethesin zu einem Streit, der mit der schweren Verwundung der Letzteren endete. Dieselbe bewohnt in dem betreffenden Hause eine Kellerwohnung, welche sehr feucht ist und wollte die Frau deshalb ausziehen. Eine andere Mietherin fand sich gestern Nachmittag zur Besichtigung der Wohnung ein, es wurde ihr jedoch von der bisherigen Inhaberin mit Rücksicht auf den ungesunden Zustand der Wohnung von der Miethung abgerathen. Dies hörte der in der Nähe befindliche Wirth und es entspann sich deshalb zwischen Beiden ein Streit, bei welchem die Frau mit einem Schemel drohte; der Wirth ergriff einen Spaten und schlug damit über den Kopf der Frau; dieselbe brach bewußtlos zusammen und zwei herbeigeholte Aerzte erklärten die Verwundung für eine lebensgefährliche.

— In der Zeit vom 4. bis 10. April sind hierselbst 21 männliche, 20 weibliche, in Summa 41 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 21 Kinder unter 5 und 15 Personen über 50 Jahre.

Pyritz, 9. April. Die hier und in der Umgegend wohnenden Mitglieder auswärtiger Logen haben beschlossen, am hiesigen Orte eine eigene Loge zu gründen und zu diesem Zwecke bereits ein größeres Quartier in der Bahner Vorstadt gegenüber der Esser'schen Restauration auf längere Zeit gemiethet.

†† **Greifenberg**, 11. April. Gestern Abend kurz nach 9 Uhr brach in den vor dem Regathore, an der Colberger Landstraße belegenen Scheunen Feuer aus, welches in kurzer Zeit zehn Scheunen in Asche legte. Nur den energischen Anstrengungen der Löschmannschaften ist es zu danken, daß die übrigen Scheunen gerettet sind. Zum Theil ist auch Vielen Heu und Stroh, sowie Kartoffeln mit verbrannt. Versichert sind die Gebäude durchweg, der Inhalt theilweise. Von den betroffenen Versicherungs-Gesellschaften ist in erster Reihe die Schlesische zu nennen, dann sind noch die National, Thuringia und Magdeburger betheiligt. Auf welche Art das Feuer entstanden, ist bis jetzt nicht ermittelt, man vermuthet Brandstiftung.

Vermischtes.

— (Ein interessanter Verbrecher.) Vor Kurzem wurde in Wien ein erst 26jähriger junger Mann verhaftet, der trotz seiner Jugend bereits wegen eines politischen Verbrechens zur Deportation nach Sibirien auf 9 Jahre verurtheilt war. Es gelang ihm jedoch, zu entspringen und er kam nach Wien, wo er im Hotel Imperial verhaftet wurde. Der Steckbrief gegen ihn lautet auch auf gemeine Verbrechen und deshalb ist seine Auslieferung nach Rußland möglich. Der Verhaftete ist, wie das „Wiener Fr.-Bl." ihn schildert, ein Mann von seltener Bildung, er spricht deutsch, französisch, englisch, italienisch, russisch, serbisch und holländisch, ist ein vorzüglicher Mathematiker und in der Zelle vertreibt er sich die Zeit mit der Lektüre der alten Klassiker; den Virgil und den Homer liest er mit Leichtigkeit im Urtexte. Er ist ein Mann von geradezu phänomenalen Geistesanlagen; körperlich ist er ziemlich herabgekommen, die schlechte Kost, die lange Gefangenschaft und die steten Verfolgungen, denen er ausgesetzt war, haben seine Gesundheit untergraben. Er kennt das Loos, das ihn in seiner Heimath erwartet — der Tod oder das Siechthum in den sibirischen Bleiwerken. Mit einer Kälte und Ruhe spricht er davon, daß er nicht lebend nach Rußland kommen werde, die den Zuhörer schaudern macht. In seiner Zelle unternahm er schon zweimal einen Selbstmordversuch. Das erste Mal versuchte er sich an einem Nagel an der Zellenthüre aufzuhängen, seine Zimmerkameraden retteten ihn jedoch von dem sicheren Tode; bald darauf steckte er des Nachts gekautes Brod in den Mund, in die Nasenlöcher und in die Ohren und suchte durch Erstickung seinen Tod herbeizuführen. Er wurde jedoch auch diesmal bemerkt, sein Keuchen und das dumpfe Stöhnen fiel den Zellengenossen auf und sie retteten ihn wieder. Nun wurde verfügt, daß der Nihilist scharf zu beobachten sei und des Abends um 6 Uhr wird ihm außerdem die „kurze Kette" angelegt, die ihn an jeder Bewegung hindert und einen weiteren Anschlag gegen sein eigenes Leben unmöglich macht. Erst des Morgens um 6 Uhr wird dem Gefangenen die Kette abgenommen. Wie es heißt, soll bereits ein russischer Polizist in Wien eingetroffen sein, der den Gefangenen an der österreichischen Grenze übernehmen und nach Rußland transportiren wird.

— Die „Grenzpost" berichtet von einem bedauerlichen Unfall im Gotthardtunnel. In der Nacht vom 6. April ist eine Masse Granit im Innern des großen Tunnels heruntergefallen und hat einen Arbeiter getödtet und fünf andere verwundet. Etwa fünfhundert Arbeiter, welche auf den Arbeitsplätzen von Göschenen und Airolo beschäftigt waren und an der Tunnelkrankheit leiden, haben im März den Gotthard verlassen, um in ihrer Heimath Heilung zu suchen. Die Unternehmer haben ihnen die Heimreise durch Beiträge von 100, 150 bis 200 Francs erleichtert.

Literarisches.

Giese, Verzeichniß der in das Handels-Register des Königlichen Amtsgerichts zu Stettin eingetragenen Firmen und Prokuren. Wir können dies Buch Jedem warm empfehlen, der genaue Nachricht über die Stettiner Firmen zu haben wünscht. [40]

Von der **Deutschen Rundschau** liegt uns das Aprilheft vor; dasselbe enthält: Marie v. Ebner-Eschenbach, Lotti, die Uhrmacherin. Erzählung. II. (Schluß.) E. Curtius, Die Entwickelung des preußischen Staates nach den Analogien der alten Geschichte betrachtet. Adolf Fick, Ueber die Farbenempfindungen. Georg Brandes, Prosper Mérimée. Ein Essay. II. (Schluß.) Ottokar Lorenz, Wallenstein und der Besitz von Mecklenburg. Wilhelm Goldbaum, Wilhelmine v. Hillern. Eine literarische Studie Friedrich Oetker, Aus dem norddeutschen Bauernleben. Karl Frenzel, Die Berliner Theater. Literarische Rundschau.

Viehmarkt.

Berlin, 12. April. Es standen zum Verkauf: 2876 Rinder, 6797 Schweine, 1569 Kälber, 12,110 Hammel.

Für Rinder verlief der Markt um Nichts besser, als vor acht Tagen, der Auftrieb war um ca. 300 Stück stärker ausgefallen und der Begehr für feinste Waare sehr beschränkt. — Die Preise stellen sich: für feinste Qualität 58—60, Prima 50—54, Sekunda 42—45 und Tertia 30—35 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Bei Schweinen konnte beste Waare nicht ganz den letzten Preis halten; auch leichte Landschweine, die in starker Anzahl vertreten waren, gingen ein Wenig im Preise zurück, während Russen in verhältnißmäßig geringer Anzahl zugetrieben waren und daher etwas besser bezahlt wurden. — Beste Mecklenburger und Pommern 56—58, leichtere Pommern 54—56, Landschweine 50—52, Russen gleichfalls 50—52 Mark pro 100 Pfd. Schlachtgewicht bei einer Tara von 20 Prozent. Bakuner circa 60 Mark bei 40—45 Pfund Tara.

Kälber waren in zu starker Anzahl zugetrieben und konnten bei sehr langsamer Bewegung nur knapp 35—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht erzielen.

Nicht besser verlief der Markt für Hammel, deren Preis zwischen 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht variirte.

Telegraphische Depeschen.

Stuttgart, 12. April. Wie der „Staatsanzeiger" meldet, ist der König Karl an der Grippe erkrankt.

Wien, 12. April. Abgeordnetenhaus. Bei der Berathung des Budgets wies der Finanzminister Kriegsau auf die schwierige Stellung hin, welche die Regierung den ungerechten Angriffen gegenüber habe und hob hervor, daß die Regierung bei der Aufstellung des Budgets nicht zu sanguinisch verfahren sei. Der diesjährige Zollertrag sei bis jetzt 2 Millionen Gulden höher als derjenige im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Oktober v. J. habe die Regierung ein klares Finanzprogramm gegeben, die Bemühungen zur Herstellung des Gleichgewichts in dem Budget seien rastlos fortgesetzt worden. Es sei zu erwarten, daß den vereinten Bestrebungen aller Parteien gelingen werde, dieses Ziel zu erreichen. Der Minister-Präsident Graf Taaffe wies sodann auf die von der Regierung in allen Zweigen der Verwaltung beobachtete Sparsamkeit hin und bestritt die behaupteten Unzukömmlichkeiten bei der Handhabung des Vereins- und Preßgesetzes, sowie der Wahlvorschriften. Die in der Thronrede erwähnten Aufgaben seien zum größten Theile gelöst. Das Voll-Parlament habe Ersprießliches auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete geschaffen, aber auch eine politische Einigung sei nothwendig. Sollte die Regierung ein Hinderniß für diese Einigung bilden, so werde sie wissen, was ihre patriotische Pflicht sei. Die Rede des Minister-Präsidenten wurde von der rechten Seite des Hauses mit Beifall aufgenommen.

Paris, 12. April. Wie das Journal „Union" meldet, hat der Staatssekretär Kardinal Nina der französischen Regierung einen Protest des heiligen Stuhles gegen die Dekrete vom 29. März bezüglich der Kongregationen zugehen lassen.

Rom, 12. April. Professor Targioni Tozzetti ist zum italienischen Kommissär für die internationale Fischerei-Ausstellung in Berlin ernannt worden.

Ueber die Wahl des neuen Präsidenten der Deputirtenkammer ist noch nichts beschlossen worden.

London, 12. April. Die Liberalen gewannen heute bei den Wahlen wieder einen Sitz in Wexford.

Petersburg, 12. April. Der Kaiser stattete dem Reichskanzler, Fürsten Gortschakoff, auch heute einen Besuch ab.

Bukarest, 12. April. In der gestrigen Nachtsitzung der Deputirtenkammer wurde das Budget mit 59 gegen eine Stimme angenommen.